

# Vorwärts im Rückwärts- Gang:

## Das Aus für die Future Forward Party

© Thaihom Enterprises und Josef Burri 2020  
Stand: 29.2.2020



Mit viel Enthusiasmus stieg 2019 die Future Forward Party (FFP) in die thailändische Politik ein. Initiant und Mitbegründer *Thanathorn Juangroongruangkit* profilierte sich als begnadeter Redner und als kompromissloser Gegner des damaligen Militärregimes unter *Prayuth Chan-ocha*. Zahlreiche junge Leute, viele von ihnen aus dem universitären Bereich, strömten der neuen Partei zu und projizierten ihre politischen und wirtschaftlichen Hoffnungen auf den charismatischen, jugendlich wirkenden Parteigründer. Er brachte frischen Wind in das festgefahrene Rot-Gelb-Gerangel der vergangenen Jahre (Thaksinisten gegen Anti-Thaksinisten). In der Tat liess das politische Programm der Partei aufhorchen: Stärkung der Demokratie, mehr Transparenz im Regierungsgeschäft, Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung, mehr Mitsprache breiter Kreise in der politischen Entscheidungsfindung, Verhinderung künftiger Putschversuche, Reduktion der Budgets für das Militär, mehr soziale Wohlfahrt. Wie der englische Parteiname suggeriert, sollte es "vorwärts gehen" mit Thailand, vor allem durch eine Revision der vom Militär durchgedrückten Verfassung. Die Partei hatte den Anspruch, eine "neue Zukunft" (*anaakhot mai*) für Thailand zu schaffen, wie der thailändische Name suggerierte. Es waren aber weder die hehren Ziele noch die Kompromisslosigkeit gegenüber dem Militär, die die Partei in grösste Nöte brachte, sondern das eigene Unvermögen.

## Das Urteil des Verfassungsgerichts



Parteigründer und begnadeter Redner: *Thanathorn Juangroongruangkit*

Bei der Wahl vom 24. März 2019 erzielte die Partei die respektable Zahl von 6,3 Millionen Wählern und entsandte daraufhin 81 Abgeordnete ins Parlament, unter ihnen erstmals auch geoutete Angehörige der LGBT-Community. Im Februar 2020 verfügte das Verfassungsgericht die Auflösung der Partei. 15 ihrer Parlamentarier dürfen während zehn Jahren nicht mehr aktiv in die Politik eingreifen und keine neue Partei gründen. Schon zuvor wurde *Thanathorn* sein Parlamentsmandat in einem Blitzprozess aberkannt, weil er seine Vermögensverhältnisse nicht rechtzeitig gemäss dem Parteiengesetz geregelt hatte; ähnliche Untersuchungen gegen Parlamentarier anderer

Parteien ziehen sich hingegen dahin. Die Reaktion der Anhänger war aus verständlichen Gründen Enttäuschung; sie betrachteten den Bann gegen die Partei und ihrer Führer als grosse Ungerechtigkeit und eine rein machtpolitisch begründete Massnahme, um ungeliebte Kritiker loszuwerden. Auch im Ausland wurde das Urteil des Verfassungsgerichts mit Unverständnis zur Kenntnis genommen und als weiterer Angriff auf die labile, sprich gelenkte Demokratie Thailands verstanden.

Unerwähnt blieb in den ausländischen Kommentaren der Hintergrund des Urteils: Die mit viel Vorschusslorbeeren bedachte FFP hatte ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Der schwerreiche Parteigründer *Thanathorn* stellte der Partei ein Darlehen von 191,2 Millionen Baht (knapp 6 Millionen Schweizer Franken) zur Verfügung. Das Gericht befand, dass es sich dabei um eine verdeckte Spende gehalten habe, was im Parteiengesetz von 2017 ausdrücklich verboten ist. Parteien dürfen von einem einzelnen Spender nicht mehr als zehn Millionen Baht entgegennehmen. Die Richter stellten die Frage, wie denn dieses angebliche Darlehen je hätte zurückbezahlt werden können.

### Schwächung der Demokratie?

Das Urteil mag als übertrieben betrachtet werden. Aber die Interpretation, dass es sich dabei um eine gezielte Schwächung demokratischer Gepflogenheiten durch die politische Elite und das Militär gehandelt habe, geht an der Sache vorbei. Das Gesetz sollte gerade verhindern, dass Schwerreiche mit ihrer finanziellen Macht das politische System okkupieren und für ihre Zwecke ausnützen, wie das ab 2001 unter *Thaksin Shinawatra* geschehen ist. Ausserdem sollten für alle die gleichen Spielregeln gelten. Die in Thailand so beliebten Schlupflöcher sollten gestopft und das gut geölte Beziehungsnetz thailändischer Politiker nach klaren Regeln gestrickt werden. So gesehen mag das zweifellos harte Verdikt des Verfassungsgerichts auch als Stärkung der demokratischen Strukturen verstanden werden.

Viele Reaktionen von Parteimitglieder der Future-Forward-Party lassen daran zweifeln, dass es ihnen wirklich um mehr Demokratie und nicht einfach nur um populistisches Geschwätz gegangen ist. So wurde nach der Urteilsverkündung beispielsweise dem Premierminister *Prayuth* ohne jede Begründung vorgeworfen, er sei in den malaysischen 1MDB-Korruptionsskandal verwickelt. Solche Äusserungen mögen zu einem Teil unter dem Frust-Konto abzubuchen sein.

Zweifel an der Aufrichtigkeit von *Thanathorn* kamen aber politischen Beobachtern schon früher, wenn sie seinen mit grosser Gestik vorgetragene(n) Gerechtigkeitsreden, tage-, ja wochenlang im Fernsehen präsent, lauschten und sie als Ausreden taxierten. Auch nach dem Urteil des Verfassungsgerichts war aus Kreisen der FFP vor allem von Betrug, aber nicht von eigenem Versagen die Rede.

### **Folgen für Thailand**

Ernster zu nehmen sind die Einwände gegen das Urteil aus dem Kreis des juristischen Lehrpersonals. Die Schlussfolgerung, dass die Parteiführer gegen das Gesetz verstossen hätten, sei nicht zwingend, und die Härte des Urteils desavouiere die sechs Millionen Menschen, die seinerzeit die Partei gewählt hätten. Das Gesetz verbiete zwar Geldspenden, nicht aber ein Darlehen, das später seinem Charakter entsprechend hätte zurückbezahlt werden müssen. Das Strafmass sei Ausdruck eines diktatorischen Machtgehabes der bisherigen politischen Eliten.

In der Tat hat das Urteil des Verfassungsgerichts zur Folge, dass Thailand weiterhin nicht zur Ruhe kommt. Die Koalitionsregierung, in der hauptsächlich ehemalige Militärs das Sagen haben, steht ohnehin auf schwachen Füßen und kämpft mit den Folgen der wirtschaftlichen Flaute, die unter anderem durch den Handelsdisput zwischen den USA und der Volksrepublik China ausgelöst wurde. Die wirtschaftliche Situation wird durch den Ausbruch des Coronavirus zusätzlich verschlechtert. Strassendemonstrationen grösseren Ausmasses sind für die nächsten Monate so gut wie sicher. In der Demokratischen Partei, die an der Regierung beteiligt ist, zeichnen sich Zerfallserscheinungen ab. Wohin die politische Entwicklung in Thailand geht, wissen wir nicht. Vorwärts jedenfalls nicht.

Inzwischen hat das Seilziehen um die Zukunft der verbliebenen, also nicht mit einem Bann bedachten 65 Parlamentarier der FFP begonnen. Einen Plan B gab es in der Future-Forward-Partei nicht. Umso grösser ist jetzt die Konfusion, wem sich die FFP-Abgeordneten anschliessen oder ob sie eine neue Partei gründen sollen.